Syrer und Iraker lassen sich vermehrt in Berlin und München einbürgern

"Häufigere Einbürgerungen von Syrern und Irakern in deutschen Städten; Integrationsbereitschaft und politische Debatte im Fokus."

Einfluss der Einbürgerungswellen: Syrer und Iraker dominieren

Im vergangenen Jahr verzeichneten deutsche Städte einen signifikanten Anstieg von Einbürgerungsanträgen, hauptsächlich von syrischen und irakischen Staatsangehörigen. Interessanterweise haben diese Gruppen andere große Migrantengruppen, wie beispielsweise die Türken, überholt.

Statistik der Einbürgerungen

Berlin ist ein herausragendes Beispiel für diesen Trend. Hier beantragten 2468 Syrer die deutsche Staatsbürgerschaft, während es nur 618 Türken taten. Bemerkenswert dabei ist,

dass Bürger türkischer Herkunft mit 116.610 Einwohnern die größte Ausländergruppe in der Hauptstadt bilden.

In München entschieden sich 725 Iraker und 480 Syrer für die Einbürgerung im vergangenen Jahr. Obwohl sowohl Iraker (mit 9624 Einwohnern) als auch Syrer (mit 4454 Einwohnern) kleinere ausländische Gemeinschaften in München bilden, zeigt dies dennoch eine starke Tendenz zur Integration.

Düsseldorf und Stuttgart spiegeln ähnliche Trends wider. In Düsseldorf stellten Syrer die meisten Einbürgerungsanträge, bestätigte die Einbürgerungsbehörde der Stadt. In Stuttgart ließen sich 507 syrische Staatsangehörige einbürgern, eine Zahl, die mehr als dreimal so hoch ist wie die der türkischen Staatsangehörigen.

Gründe für das Einbürgerungsinteresse

Die Integrationsexpertin Emina Saric führt das hohe Einbürgerungsinteresse von Syrern und Irakern auf deren Bereitschaft zur Integration zurück. „Viele Kriegsflüchtlinge wissen, dass sie nicht so schnell in ihre Heimat zurückkehren werden“, erklärte Saric dem FOCUS. „Sie sind daher motivierter, sich anzupassen und dauerhaft in Deutschland zu bleiben.“ Währenddessen haben Bürger anderer Herkunftsländer, wie zum Beispiel Türken, noch eine Heimat, zu der sie zurückkehren könnten, wodurch ihr Einbürgerungsinteresse geringer ist.

Politischer Diskurs über die doppelte Staatsbürgerschaft

Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, äußerte sich skeptisch zur doppelten Staatsbürgerschaft. Laut Frei sollte der Einbürgerung ein klares Bekenntnis zu Deutschland vorausgehen. Er kritisierte, dass die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft auch für Nicht-EU-Ausländer dieses Erfordernis aufweiche. Der CDU-Politiker

kündigte an, im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl 2025, die Regelung zur doppelten Staatsbürgerschaft wieder rückgängig zu machen und die Einbürgerungsfristen zu verlängern.

Was die Politik tun könnte

Um Vorfälle wie diese in Zukunft zu verhindern und den Einbürgerungsprozess zu optimieren, könnte die Politik einige Maßnahmen umsetzen. Dazu gehört die Förderung von Integrationsprogrammen, die nicht nur Sprache und Kultur vermitteln, sondern auch wirtschaftliche und soziale Partizipation fördern. Ein klarer und transparenter Prozess für die Einbürgerung könnte das Interesse und Verständnis der Bewerber erhöhen. Zudem könnte eine verstärkte Beratung und Unterstützung durch spezielle Integrationsberater den Prozess sowohl für die Bewerber als auch für die Behörden erleichtern.

Insgesamt zeigt diese Entwicklung, wie wichtig es ist, sich auf die langfristige Integration von Zuwanderern zu konzentrieren und diese Bemühungen durch entsprechende politische Maßnahmen zu unterstützen.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de